Stadt Mühlheim am Main

Antragsteller/in:
Fraktionen CDU, GRÜNE, BÜRGER und FDP

Mühlheim am Main, den 01.06.2021

Drucksache Nr.: 56/2021/2026

Antrag

Beratungsfolge	Sitzungstermin	TOP	Öffentlich	Nicht öffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	17.06.2021	8	X	
Stadtverordnetenversammlung	24.06.2021	21	X	

Antrag der Fraktionen CDU, GRÜNE, BÜRGER und FDP: Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, einen Sachstandsbericht bis zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zu erstellen, aus welchem ersichtlich ist, welche Maßnahmen und Aktivitäten aktuell regelmäßig oder auch singulär umgesetzt werden oder auch für die Zukunft geplant sind, um mit Hilfe von Stadtmarketing die Standortvorteile von Mühlheim für eine geeignete Zielgruppe herauszuarbeiten und damit eine aktive Wirtschaftsförderung zu betreiben. Weiterhin soll der Sachstandbericht ausweisen, ob, wann und auf welchem Wege die relevanten Stellen beim Magistrat und der Stadtverwaltung über nennenswerte Investitions- und Ansiedlungsvorhaben von Unternehmen Kenntnis erlangen.

Erläuterungen:

Mühlheim ist ein äußerst attraktiver Standort mit hervorragenden Naherholungsmöglichkeiten, mit einer guten Straßenanbindung und mit einer noch besseren S-Bahn Versorgung, die uns direkt von Hanau über Offenbach, Frankfurt, den Hauptbahnhof und den Flughafen in einer Ost-West Tangente mit der Landeshauptstadt Wiesbaden verbindet. Somit ist Mühlheim besser in den großstädtischen Raum eingebunden als manch andere Gemeinde im Landkreis.

Gleichzeitig muss alles, was verteilt werden soll, zunächst einmal erwirtschaftet werden! Ein wesentlicher Hebel hierzu ist eine erfolgreiche und kluge Gewerbeansiedlungspolitik auf Basis eines schlagkräftigen Stadtmarketings. So kann zum Beispiel Mühlheim durch den Bau und Betrieb von gleich zwei Großrechenzentren in unmittelbarer Nachbarschaft (OF und HU) für eine Ansiedlung von IT-Firmen und Zulieferern attraktiv sein.

Grundsätzlich muss die Stadt aber auch rechtzeitig Kenntnis davon erlangen, ob und welche Firmen überhaupt in der Region investieren wollen. Dafür sollte es einen geregelten Prozess geben.

Darauf zielt der zweite Teil der Beschlussvorlage ab: Wenn die Stadt beispielsweise ein geeignetes Grundstück gehabt hätte, hätte sie dann überhaupt rechtzeitig gewusst, dass sich zwei Großrechenzentren ansiedeln wollen?

Marius Schwabe (Fraktionsvorsitzender)	Eva Jakob (Fraktionsvorsitzender)
Dr. Jürgen Ries (Fraktionsvorsitzender)	Michael Bill (Fraktionsvorsitzender)